

DIE RHEINPFALZ

Donnerstag, 12. Oktober 2006

"Die machen hier, was sie wollen"

Industriegebiet „Trierer Hafen“:
Seit Jahrzehnten Streit zwischen Anwohnern und Industrie

VON UNSERER REDAKTEURIN KARIN DAUSCHER

Die Belästigungen mit Lärm und Staub aus dem Industriegebiet „Trierer Hafen“ bringen Anwohner des nur 200 Meter entfernten Vorortes Pfalzel auf die Barrikaden. Jahrzehnte fühlten sie sich Unternehmen und Behörden nahezu hilflos ausgesetzt. Mit ihrem organisierten Protest erreichten die Bürger ausführliche Untersuchungen, sie hoffen nun auf Besserung.

„Da, sehen Sie, jetzt geht der Deckel auf“, sagt Hans-Jürgen Wirtz und stoppt die Auto-Rundfahrt im Industriegebiet des Trierer Hafens. Bräunlicher Dampf erhebt sich minutenlang aus dem Dach der Trierer Stahlwerke. „Der Ofen wird beschickt“, erklärt Wirtz. Nach dem derzeitigen Verfahren entweichen jedesmal Schadstoffe ungefiltert, wenn Schrott in die Schmelzwanne geladen wird. Mit dem Produktionsprozess der Trierer Stahlwerke (TSW) GmbH kennt er sich aus. Kapazitäten, geplante Erweiterungen, Verarbeitung der Schlacke, all das kann Wirtz aus dem Stehgreif erläutern. Und die hohe Belastung mit Cadmium und Blei in den naheliegenden Gärten kennt er auch.

Wirtz, jüngst in den Ruhestand getretener Finanzbeamter, gehört zum Bürgerverein Pfalzel. Dieser ist benannt nach jenem Trierer Vorort, der dicht an das Industriegebiet „Trierer Hafen“ angrenzt und dessen 3500 Bewohner schon Jahrzehnte mit dem Staub und dem Lärm leben. „Der Fehler wurde in den 60er Jahren gemacht. Das Industriegebiet mit seiner Schwerindustrie wurde zu nah an der Wohnbebauung errichtet“, sagt Ortsvorsteher Werner Pfeiffer von der Unabhängigen Bürgervereinigung Maximini (UBM).

Im Zentrum der Kritik stehen die Stahlwerke und das Entsorgungsunternehmen Steil GmbH. Dort werden zum Beispiel alte Dampflok verschrottet. Auf dem riesigen Firmengelände türmen sich braune Schrotberge.



Wie in den umweltbewegten 80-er Jahren geht es in Trier um die Abwägung, wieviel Lärm und Gestank die Bürger ertragen müssen und was der Industrie an Investitionen zugemutet werden kann.

—FOTO: TRIERISCHER VOLKSFREUND

Jede leichte Brise lässt rostfarbene Staubwolken aufsteigen. Steil hat in den vergangenen Jahren eine zweite Schredder-Anlage zum Zerkleinern der Teile in Betrieb genommen.

Auch die Stahlwerke hatten ihre Kapazitäten 2003 um 50 Prozent erhöht: Nach diesen beiden Maßnahmen seien die Bürger im oberen Teil von Pfalzel massiv auf die Barrikaden gegangen, sagt Pfeiffer.

Der nächtliche Lärm der Stahlwerke und das „Klock, Klock“, wenn bei Steil die Schrottteile vom Förderband laufen — „Da werden sie grad verrückt“, sagt der Ortsvorsteher. Doch die zuständigen Behörden hätten nicht reagiert, bedauert er.

„Kollektive Verantwortungslosigkeit“

Das wirft auch der 60 Mitglieder zählende Bürgerverein Pfalzel dem Trierer Ordnungsamt und der Struktur- und Genehmigungsbehörde (SGD) Nord vor. „Die machen hier, was sie wollen. Und das mit Duldung der Behörden“, sagt Wirtz. Er spricht gar von einem Klüngel mit den Trierer Familienbetrieben.

Der BUND nennt das Geschehen eine „katastrophale kollektive Verantwortungslosigkeit von Ordnungsamt und Gewerbeaufsicht.“

weiter auf Seite 2

Der Protest führte zu zwei Gutachten im Auftrag des Mainzer Umweltministeriums. Daraus ergab sich im vergangenen Jahr, dass der Niederschlag im Wohngebiet mehr Cadmium, Blei und polychlorierte Biphenyle enthält als erlaubt sind. Ein zweites Gutachten stellte die beiden Vertreter der Schwerindustrie als Auslöser fest.

Wie sich durch eine schriftliche Anfrage des BUND herausstellte, hatte die Gewerbeaufsicht 2003 beim Stahlwerk Auflagen zum Lärmschutz und zur verminderten Staubemission angeordnet. Beides wurde auf Antrag der Firma jedoch vom Ordnungsamt erlassen. Der Lärmschutz, weil ein vorgelegtes Gutachten die Einhaltung von Grenzwerten bescheinigte, und der Staubschutz, weil für 2007 ohnehin eine komplette Modernisierung angekündigt wurde.

Den Verzicht auf die Auflagen erklärt Manfred Rosenkränzer vom Trierer Ordnungsamt so: „Wenn der Kollege von der SGD feststellt, dass es hier Handlungsbedarf gibt, muss man dem Unternehmen die Möglichkeit geben, dies umzusetzen.“

Wie die Unternehmer den Konflikt mit den Bürgern sehen, bleibt derzeit ein Betriebsgeheimnis. Freundliche Frauen werben am Telefon um Verständnis, dass man sich derzeit nicht öffentlich äußern wolle. Der Trierer Hafen ist als Gesprächsthema anscheinend nicht so beliebt.

Das Mainzer Umweltministerium verweist auf die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, bei der der Gewerbeschutz angesiedelt ist. Dort wiederum gibt es den Hinweis auf die Internet-Seite mit den Gutachten.

Auch Rosenkränzer gibt sich am Telefon eher knapp. Dem Bürgerprotest unterstellt er nicht nur lautere Ziele: „Da wird in die Trickkiste reingegriffen, um die Ausweitung der Kapazitäten im Industriegebiet zu verhindern“, sagt er und deutet die Interessen von Grundstücksbesitzern im gerade erschlossenen Neubaugebiet an. Zu den Lärm und Staubemissionen merkt er an: „Die Einwohner sind je nach Witterung und Windrichtung beeinträchtigt, aber nicht gefährdet.“

Wie viel Beeinträchtigung muten die Behörden den Bürgern zu und wieviel Investitionskosten für den Umweltschutz den Unternehmen?

Der Streit in Trier erinnert stark an die umweltbewegten 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Heute betonen die protestierenden Bürger, sie wollten die Betriebe mit ihren zusammen rund 550 Beschäftigten keineswegs in ihrer Existenz bedrohen. Hans-Jürgen Wirtz findet gar ein Lob für die Stahlwerke, weil sie Schrott statt Eisenerz verhütten. „Wenn das umweltverträglich getan wird, ist das eine tolle Sache.“

Modernisierung geplant

Nun planen die Stahlwerke eine Modernisierung, bei der die Produktion erneut um mehr als die Hälfte erweitert werden soll.

Bei der Beschickung des Ofens bleibt das Dach künftig zu. Dennoch fanden die Bürger rund 100 Einwände im Genehmigungsverfahren. Einer wurde im Bescheid berücksichtigt: Das staubtrüchtige Brechen der Schlacke darf nicht mehr wie bisher im Freien stattfinden.

Der organisierte Bürgerprotest hat außerdem dazu geführt, dass sich die „Zentrale Expertengruppe Umweltschutz“ - kurz ZEUS genannt - im Auftrag der SGD Nord der Situation im Trierer Hafen angenommen hat. Was diese Experten festgestellt und noch mehr empfohlen haben, ist wenig schmeichelhaft für Unternehmen und für die Gewerbeaufsicht. Vieles zur Verminderung von Staub und Lärm ist schnell und ohne hohe Investitionen zu realisieren. Beispielsweise solle die Firma Steil ihre stark staubenden Abfälle aus dem Schredder-Vorgang nicht mehr im Freien lagern, das Betriebsgelände solle mit Kehrsaugmaschinen regelmäßig gereinigt werden.

Hans-Jürgen Wirtz ist froh über die Erfolge, aber er bleibt skeptisch: „Wir werden das alles sehr genau beobachten.“